WP-06-206 Ein Land der Vielfalt

Antragsteller*in: Samy Charchira (KV Düsseldorf)

Änderungsantrag zu WP-06

Von Zeile 205 bis 207 einfügen:
verbindet. Dabei stärken wir insbesondere die digitale und kommunale Präventionsarbeit sowie aufsuchende Angebote. Wir verstärken die aufsuchende Sozialarbeit in betroffenen Communities, insbesondere in muslimischen Gemeinschaften, durch dauerhaft finanzierte Fachkräfte vor Ort. Wir fördern Väterarbeit und niedrigschwellige Beratung für Eltern, legen Maßnahmen generationsübergreifend an und gewinnen Jugendliche als Multiplikator*innen, statt sie allein als Problem zu betrachten. Gemeinschaftsstiftende Sport- und Kulturangebote sichern wir als Daseinsvorsorge ab. Prävention berücksichtigt geschlechtsspezifische Radikalisierungsdynamiken. Wir bauen Schutz- und Beratungsangebote für Betroffene religiös motivierter Gewalt aus und fördern gezielt Projekte für Mädchen und Frauen. Den Kampf gegen Islamismus führen wir Seite an Seite mit der Mehrheit der Muslime, die ihn ebenfalls ablehnen, und

Begründung

Prävention wirkt dort am besten, wo sie Vertrauen vor Ort aufbaut und soziale Desintegration bekämpft, einen Nährboden für Extremismus. Radikalisierung entsteht selten allein aus Ideologie. Sie wächst dort, wo junge Menschen Ausgrenzung, Perspektivlosigkeit und fehlende Zugehörigkeit erleben und wo extremistische Angebote scheinbar einfache Antworten und Gemeinschaft versprechen. Wirksame Prävention muss deshalb früh ansetzen, im Alltag der Menschen stattfinden und von Akteuren getragen werden, denen die Betroffenen vertrauen.

Aufsuchende Sozialarbeit erreicht Menschen, die institutionelle Angebote von sich aus nicht nutzen. Fachkräfte, die in den Communities präsent sind, erkennen Problemlagen früh, bauen Beziehungen auf und können vermitteln, bevor sich Konflikte verfestigen. Entscheidend ist die dauerhafte Finanzierung: Vertrauen entsteht über Jahre, und befristete Projekte mit wechselndem Personal zerstören es immer wieder. Dass der Antrag muslimische Gemeinschaften ausdrücklich nennt, trägt der Tatsache Rechnung, dass religiös begründeter Extremismus dort besonders gezielt um Anhänger wirbt und zugleich die Mehrheit der Gemeinden selbst ein Interesse an wirksamer Prävention hat.

Familien sind der erste und prägendste Bezugsrahmen. Väterarbeit und niedrigschwellige Elternberatung stärken Erziehungskompetenz, helfen Eltern, Veränderungen bei ihren Kindern einzuordnen, und geben ihnen Ansprechpartner, wenn sie unsicher sind. Väter werden in der Familienarbeit oft nicht erreicht, spielen aber für Orientierung und Rollenbilder eine wichtige Rolle. Ein generationsübergreifender Ansatz verhindert, dass Prävention nur Jugendliche adressiert und Eltern, Geschwister und das soziale Umfeld außen vor bleiben.

Jugendliche sind in der Präventionsdebatte häufig vor allem Zielgruppe und Risikofaktor. Der Antrag wählt den umgekehrten Weg: Wer Jugendliche als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren gewinnt, nimmt sie als Handelnde ernst, stärkt Selbstwirksamkeit und nutzt die Glaubwürdigkeit, die Gleichaltrige untereinander haben. Botschaften von Peers erreichen oft mehr als Appelle von Erwachsenen. Zugleich schafft das Verantwortung und Zugehörigkeit, genau das, was extremistische Angebote sonst zu bieten versuchen.

Sport- und Kulturangebote bieten Gemeinschaft, Anerkennung und sinnvolle Freizeitgestaltung. Sie sind niedrigschwellig, verbinden Menschen unterschiedlicher Herkunft und wirken präventiv, ohne als Prävention etikettiert zu sein. Sie als Daseinsvorsorge abzusichern bedeutet, sie nicht länger von

kurzfristigen Projektmitteln abhängig zu machen, sondern als verlässlichen Teil der sozialen Infrastruktur zu begreifen, gerade in Quartieren mit wenig Ressourcen.

Schließlich berücksichtigt der Antrag, dass Radikalisierung nicht für alle gleich verläuft. Mädchen und Frauen werden durch extremistische Szenen mit eigenen Ansprachen, Rollenzuschreibungen und Abhängigkeiten adressiert und sind zugleich häufig von religiös motivierter Gewalt, Kontrolle und Zwang betroffen. Geschlechtsspezifische Radikalisierungsdynamiken in der Prävention zu berücksichtigen, Schutz- und Beratungsangebote für Betroffene auszubauen und gezielt Projekte für Mädchen und Frauen zu fördern, schließt eine Lücke, die in vielen Konzepten bislang besteht. Das stärkt den Schutz der Betroffenen und ihre Selbstbestimmung.

Insgesamt verbindet der Antrag Vertrauensaufbau, Familien- und Jugendarbeit, soziale Infrastruktur und Gewaltschutz zu einem Ansatz, der Extremismus nicht nur bekämpft, wenn er sichtbar wird, sondern seinen Nährboden austrocknet.

Unterstützer*innen

Anas Al-Quraan (KV Düsseldorf); Lui Dosin (KV Dortmund); Liliane Viola Pollmann (KV Wuppertal); Astrid Wiesendorf (KV Düsseldorf); Svenja Kruse-Glitza (KV Düsseldorf); Barbara Flatters (KV Düsseldorf); Anne Jebbari (KV Wuppertal); Susanne Meyer-Teschendorf (KV Bonn); Myrto-Christina Athanassiou (KV Düsseldorf); Silke Antelmann (KV Düsseldorf); Ingelore Fohr (KV Düsseldorf); Diana Hein (KV Düsseldorf); Frederik Franz Hartmann (KV Düsseldorf); Anne Sommer (KV Düsseldorf); Jürgen Waibel (KV Düsseldorf); Vincent Lohmann (KV Krefeld); Maximilian Vogel (KV Köln); Ali Bas (KV Warendorf); Jannis Oppermann (KV Köln)